

Mehr Bürokratie für weniger Studenten

Studiengebühren können die Finanzierungslücke an deutschen Hochschulen nicht schließen, prophezeit eine Studie des Instituts für Hochschulforschung der Universität Halle-Wittenberg (HoF)*. Außerdem machen Gebühren bürokratischen Aufwand nötig – und sie reduzieren die Studentenzahlen.

Studiengebühren bleiben umstritten. Kritiker bangen, dass sie sozial Schwachen den Zugang zum Studium blockieren. Hochschulvertreter befürworten sie, weil sie sich davon ein höheres Budget für Dozenten und Bibliotheken versprechen. Tatsächlich wird der endgültige Beitrag der Studiengebühren zur Finanzierung der Hochschulen viel geringer ausfallen als gemeinhin angenommen, errechnete das HoF. 100 Millionen Euro könnten in der Bürokratie versickern.

Die Autoren schätzen die potenziellen Einnahmen in ganz Deutschland auf 1,7 Milliarden Euro im Jahr. Einkalkuliert haben sie einen Rückgang der Studierendenzahlen von heute 1,9 Millionen um zehn Prozent – so viele würden sich vom Studieren abschrecken lassen oder das Studium abbrechen. Doch Studiengebühren müssen laut Bundesverfassungsgericht sozialverträglich gestaltet sein. Nicht alle Studierenden brauchen also zu zahlen. Wer befreit wird, ist im Einzelfall zu prüfen: durch bürokratischen Aufwand. Ausnahmen und Bürokratiekosten berücksichtigt, bleiben laut HoF-Rechnung 1,1 Milliarden Euro übrig. Damit lässt sich der Finanzbedarf der Universitäten und Fachhochschulen nicht decken.

Die akute Unterfinanzierung der deutschen Hochschul-landschaft taxieren die Forscher auf jährlich drei bis vier

Finanznot trotz Gebühren

Hochschulfinanzierung aus Studiengebühren Milliarden €

Geschätzte Studiengebühren	1,7
Einnahmeausfälle für Freistellungen aus sozialen Gründen	0,5
Einnahmeausfälle durch Verwaltungsaufwand	0,1
Verbleibende Einnahmen aus Studiengebühren	1,1
Zahlungen öffentlicher Haushalte an die Hochschulen	20
Minimaler Mehrbedarf zur Deckung gesetzlicher Angebotspflichten	3–4
Mehrbedarf für einen Finanzrahmen auf OECD-Durchschnittsniveau	10

Quelle: Hüttmann/Pasternack 2005 | ©Hans-Böckler-Stiftung 2005

Milliarden Euro. So viel wäre nötig, um nur gesetzliche Vorgaben und den elementaren Bedarf zu decken. Nimmt man als Zielgröße die Ausgaben, die andere OECD-Länder vom Bruttosozialprodukt für ihre Hochschulen aufwenden, dann fehlen gar zehn Milliarden Euro im Jahr. Studiengebühren würden nur ein Zehntel der benötigten Summe beisteuern können. Ob sie das dann auch wirklich tun, ist allerdings fraglich, merken die Autoren an. Schließlich sei die Versuchung für die Finanzminister groß, die neue Finanzquelle als Vorwand zu nehmen, um den staatlichen Zuschuss an die Hochschulen zu senken. ◀

*Quelle: Jens Hüttmann, Peer Pasternack: Studiengebühren nach dem Urteil, in: Arbeitsberichte des Instituts für Hochschulforschung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, 5/2005
Download unter www.boecklerimpuls.de

Ausländische Arbeitnehmer

Integrationsfaktor Betriebsrat

Die betriebliche Mitbestimmung leistet einen wichtigen Beitrag zum konfliktfreien Miteinander von ausländischen und deutschen Beschäftigten, betont eine aktuelle betriebliche Studie.*

In Industriebetrieben gelingt die Integration von Zuwanderern besser als vielfach angenommen. Der Umgang von Beschäftigten deutscher und ausländischer Herkunft ist überwiegend kollegial. Diskriminierungen durch deutsche Vorgesetzte oder Kollegen kommen zwar vor, sind aber selten und nur in Ausnahmefällen gravierend. So die Ergebnisse einer Unter-

suchung des Tübinger Soziologen Werner Schmidt in drei Betrieben mit 500 bis 1.700 Mitarbeitern.

In starkem Maße trage die Mitbestimmung dazu bei, betont die Studie. Betriebsräte würden oft als Schlichter aktiv – ein Engagement, das vor allem viele ausländische Beschäftigte schätzen würden. Im Vergleich dazu verspreche eine ethnisch ausgerichtete

Artikulation der Interessen wenig Erfolg. Die Rolle von Mitbestimmungsrechten und Tarifverträgen mit ihrer Verbindlichkeit und ihren Regeln für alle dürften unter dem Gesichtspunkt der Integration nicht unterschätzt werden, meint der Autor.

Die meisten Beschäftigten ausländischer Herkunft zeigten eine hohe Bereitschaft, sich zu integrieren. Umgekehrt lehne nur eine Minderheit der befragten deutschen Arbeitnehmer sie ab. Kulturelle Differenzen klammern sie im Arbeitsalltag aus. Im

Durchschnitt hatten 57,5 Prozent der Befragten noch nie das Gefühl, wegen ihrer Herkunft benachteiligt worden zu sein. 34 Prozent gaben „selten“ an, 7 Prozent sagten „öfters“, nur 1,6 Prozent antworteten „immer“.

Beschäftigte ausländischer Herkunft sind überwiegend als angelernte Arbeiter tätig. Das liegt laut Studie vor allem an Unterschieden in der beruflichen Qualifikation.

*Quelle: Werner Schmidt: Kollegialität und Differenz. Migration und betriebliche Arbeitsbeziehungen, Forschungsbericht für die Hans-Böckler-Stiftung, Tübingen 2005

Download unter www.boecklerimpuls.de